

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Verzicht auf geplante Verkehrsbehinderungen auf der Richard-Boljahn-Allee!

Seit einigen Monaten werden insbesondere seitens der Vertreter von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verschärfte Temporeduzierungen und die Einrichtung von Ampelanlagen auf der Richard-Boljahn-Allee vorangetrieben. Als eines der Hauptargumente für die Realisierung dieser Maßnahmen wird angeführt, dass dadurch die trennende Funktion der Straße innerhalb des Stadtteils Vahr überwunden werden könne. Zwar steht außer Zweifel, dass es diese trennende Funktion tatsächlich gibt, allerdings würde sich für den Fall der Umsetzung der genannten Maßnahmen daran nichts ändern, da die grundsätzliche Struktur der Straße hinsichtlich ihrer Breite (mindestens zweispurig in jede Richtung, mit Aufstellspuren mitunter dreispurig in jede Richtung) zwangsläufig unverändert bliebe. Stattdessen wären vor allem negative Auswirkungen zu erwarten: verstärkter Staus mit entsprechenden verstärkten Umweltbeeinträchtigungen und verstärkte Ausweichverkehre auf andere Straßen im Bremer Osten. Diese und weitere Auswirkungen sind bislang noch nicht oder bestenfalls in Ansätzen untersucht worden, sodass auf eine vorschnelle Umsetzung von verschärften Geschwindigkeitsbeschränkungen und neuen Ampelanlagen verzichtet werden sollte.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert alle Planungen einzustellen, die auf verstärkte Verkehrsbehinderungen auf der Richard-Boljahn-Allee abzielen. Insbesondere soll auf Temporeduzierungen, neu einzurichtende Ampelanlagen und bauliche Einschränkungen der Straße verzichtet werden.
2. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche direkten Kosten für den Fall der Realisierung von Tempobeschränkungen und Ampelanlagen auf der Richard-Boljahn-Allee für die öffentlichen Haushalte anfallen würden. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche Folgekosten für Pendler und Unternehmen in Bremen und Umgebung pro Jahr entstehen würden.
3. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche Umweltbelastungen sich im Falle der Realisierung von einer oder mehreren Ampelanlagen auf der Richard-Boljahn-Allee aufgrund des Abbremsens und Anfahrens von Kraftfahrzeugen ergeben würden (jeweils für die gegenwärtige Zahl von Kraftfahrzeugen pro Werktag).
4. Der Senat wird aufgefordert darzulegen, welche Verkehrsverlagerungen sich im Falle der Realisierung von Temporeduzierungen und Ampelanlagen auf der Richard-Boljahn-Allee für andere Straßen im Bremer Osten ergeben würden. Dabei sollen gleichermaßen die Auswirkungen auf direkt angrenzende Straßen untersucht werden, wie auch auf Straßen, die im Falle eines verstärkten Verkehrsaufkommens bei den Autobahnabfahrten Bremen-Horn-Lehe und Bremen-Sebaldsbrück ebenfalls von verstärkten Verkehren betroffen wären.
5. Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft bis Ende März 2010 ein Konzept vorzulegen, wie die bestehenden Fußgängerbrücken über die Richard-Boljahn-Allee und die Kurfürstenallee nutzerfreundlicher gestaltet werden können. Insbesondere soll dabei dem Aspekt der Barrierefreiheit ein hoher Stellen-

wert beigemessen werden, sodass auch die Installation von Fahrstühlen geprüft werden soll. Der Senat soll in diesem Zusammenhang die voraussichtlichen Kosten entsprechender Maßnahmen benennen.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Heiko Strohmann, Dieter Focke,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Bernd Richter,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP